Nr. 552. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 25. November 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Vorgänge in Frankreich.

In der öffentlichen Meinung Frankreichs vollzieht sich der Umschwung zu Gunsten der „intellectuels" immer deutlicher. Die Studenten der protestantischen Theologie in Montauban richteten soeben einen Brief an Professor Stapfer, den wegen der Dreyfus-Affaire gemaßregelten Dekan der philosophischen Fakultät von Bordeaux. 59 Studenten sprechen darin ihre Bewunderung für Stapfer aus und sagen zum Schluß: „Als Erben der republikanischen Ueberlieferungen unserer hugenottischen Ahnen versichern wir im Namen der gesamten protestantischen Jugend Frankreichs, daß wir immer die Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit aufrechterhalten werden, welche die Größe Frankreichs in der Welt begründet hat. Ehre dem Muth aller derjenigen, die so tapfer die Wahrheit, die Freiheit und die Republik vertheidigen!" Stapfer beantwortete dieses Schreiben, indem er versicherte, daß seine Leichenrede am Grabe des Rektors Conat nur dadurch zu einer außerordentlichen That wurde, daß sie die Aufmerksamkeit der Regierung erregte. Uebrigens sei seine Lage als suspendirter Dekan durchaus nicht unangenehm, sie habe ihm zahllose Zustimmungen und sechs Wochen Ferien eingetragen.

Der „Temps" publizirt eine Depesche, welche der Professor der Medizin Lepine in Lyon, ein Bruder des früheren Polizeipräfekten von Paris, im Namen von tausend Bürgern Lyons an den Senator Trarieux gerichtet hat. Diese tausend Bürger fordern, daß die Militärjustiz sich dem höchsten Tribunal des Landes, dem Kassationshof, unterordne, daß die Verhandlung gegen Picquart bis nach der Entscheidung des Kassationshofes vertagt, und daß dieser heroische Soldat der Gerechtigkeit provisorisch in Freiheit gesetzt werde. Diese Kundgebung, der bald andere folgen dürften, zeugt für die begeisterte Sympathie, welche in weiten Kreisen dem Namen Picquart entgegengebracht wird.

Im Amnestie-Ausschuß des Senats wird die Verweisung Picquarts vor ein Kriegsgericht heftig bekämpft werden, es steht daher eine große Debatte über die Militärgerichtsbarkeit und deren Auflehnung gegen die Ziviljustiz bevor.

Wenn der Kassationshof begierig war, den Geheimdossier zu kennen, aus dem die „fünf Kriegsminister", vier Generale und der „Philister" Cavaignac, ihre tiefen Ueberzeugungen geschöpft haben, so dürfte das Bedauern darüber, daß der Generalstabschef den eisernen Schrank, in dem das Aktenbündel liegen soll, nicht erschließen lassen will, sich beim Lesen eines Provinzialblatts, das von dem Kolonialminister im Kabinet Brisson inspirirt wird, bedeutend gemildert haben. Schreibt doch dieses in Besançon erscheinende Blatt, die Geschichte von dem geheimen Dossier sei ein Ammenmärchen. Falls ein einziges Dokument vorhanden wäre, das die Schuld des Hauptmanns Dreyfus unwiderleglich darthäte, so hätte das Kabinet Brisson die Revision nicht angebahnt und würde das Kabinet Dupuy das Verfahren niederschlagen. „Alles, was gegen Dreyfus gedeutet werden konnte, Alles ohne Ausnahme, ist dem Ministerrath vorgelegt, zur Kenntniß aller Mitglieder der Regierung und des Kassationshofes gebracht worden. Was Gegentheiliges behauptet wird, ist unrichtig . . . Die Kriegsminister haben dem Kassationshof Alles gesagt, worauf sich ihre Ueberzeugungen stützten. Nicht nur haben sie nicht mehr sagen können, als was sie im Rathe der Regierung mitgetheilt hatten, sondern es existiren keine anderen Schuldbeweise — das sollte man sich merken . . . Wenn Jemand ein Interesse daran hat, der Regierung und der Justiz etwas vorzuenthalten, so könnten es nur Phantasiestücke sein, deren Unechtheit seit der Entdeckung der That Henrys auf der Hand liegt."

Ein Freund des früheren Kolonialministers hat dem „Temps" nach, den Artikel der „Union republicaine du Jura" erläuternd, erklärt, die Stelle: „Alles, was gegen Dreyfus gedeutet werden konnte, ist dem Ministerrathe vorgelegt worden", habe auf die Thatsache Bezug, daß der General Zurlinden seinen Kollegen im Kabinet Brisson auf sein Ehrenwort versicherte, er habe ihnen die ganzen Dreyfus-Akten mitgetheilt. Dieser Beitrag zur Revisionsgeschichte kann die Arbeit des Kassationshofes erleichtern, wird aber ohne Zweifel viel Staub aufwirbeln.

Rauchverbrennung.

Die Kommission zur Prüfung und Untersuchung von Rauchverbrennungsvorrichtungen trat gestern in Berlin mit Vertretern der Staats- und städtischen Behörden unter dem Vorsitz des Geheimen Kommerzien-Raths Dr. Delbrück-Stettin zu einer Sitzung zusammen. Zu derselben waren erschienen der Minister für Handel und Gewerbe Brefeld mit dem Unter-Staatssekretär Lohmann, dem Ministerial-Direktor Höter und den Geheimen Räthen Dr. Neuhaus, Dr. Fuhrmann und von Ammon; ferner waren anwesend Bauinspektor Wittfeld vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Marine-Maschinen-Bauinspektor Veith vom Reichs-Marineamt, Regierungs-Rath Dr. Ohlmüller vom kaiserlichen Gesundheitsamt, Regierungs- und Gewerbe-Rath Dr. Sprenger und Gewerbe-Inspektor Tschorn als Vertreter des Polizei-Präsidiums und Stadtrath Zabel als Vertreter der Stadt Berlin. Geladen waren weiter die Mitglieder der Technischen Deputation für Gewerbe, sowie Delegirte des Vereins deutscher Ingenieure, des Zentralverbandes der preußischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine und des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten. Sofort nach Eröffnung der Verhandlungen kam der Antrag zur Verlesung, den Minister für Handel und Gewerbe zu bitten, seine Genehmigung zu ertheilen zu dem Erlaß einer Polizei-Verordnung zunächst für Berlin, durch welche die Entwickelung schwarzen, dicken und langandauernden Rauches durch gewerbliche Anlagen und Zentralheizungen vom 1. Oktober 1899 ab untersagt werde. Die Berathung des Antrages wurde der Tagesordnung gemäß zunächst zurückgestellt. Ingenieur [illegible]-München führte sodann an zahlreichen [illegible]ungen die Konstruktion seines Wärme[illegible] vor. Als Vorzüge des Diesel-Motors [illegible] geringer Brennstoffverbrauch, Verwendbar[illegible]er Brennstoffe, vor allem billiger, in Lampen nicht brennbarer Petroleumsorten, gleicher relativer Brennstoffverbrauch bei verschiedener Kraftleistung, einfacher Betrieb bei größter Betriebssicherheit, keine Belästigung durch Abgase, geringe Anschaffungs- und Betriebskosten, bedeutende Raumersparniß und Wegfall der Konzession. — Es folgten sodann Berichte über erzielte Resultate mit verschiedenen Rauchverzehrungseinrichtungen. Hierbei wurde vor allem die wichtige Frage der Kohlenstaubfeuerung erörtert. Das Referat hierüber hatte Herr Meyer-Malstatt übernommen. Die Staubkohlenfeuerung gestatte danach durchaus, daß die Kohlen ohne jeglichen Rauch und unter Gewährung der höchsten kalorimetrischen Nutzeffekte verbrennen. Auch bei Verfeuerung minderwerthigen, aschenreichen Materials habe sich eine Belästigung der Nachbarschaft nicht ergeben. Jedenfalls ließen sich mit der Kohlenstaubfeuerung Nutzffekte erzielen, wie sie mit anderen und speziell Rostfeuerungen überhaupt nicht zu erzielen seien, weil keine andere Feuerung einen so gleichmäßigen Betrieb ermögliche wie die Kohlenstaubfeuerung, weil sich aber auch gleichzeitig keine andere Feuerung so schnell und bequem den verschiedensten Anforderungen des Betriebes anpassen lasse wie diese. — Alsdann wurde berichtet über die Langer'sche Feuerung, die sich bei Lokomotiven bewährt hat, über die Langenbach-Deißler'sche Feuerungseinrichtung an Kesseln mit Innenfeuerung, die sich bei normaler Rostbeanspruchung als ganz rauchfrei erwiesen hat, während bei forcierter Rostbeanspruchung mindestens eine nicht unerhebliche Ermäßigung des Rauchs konstatirt worden ist, und endlich über die Straußfeuerung, deren Konstruktion noch nicht für eine zuverlässige und rauchfreie Feuerung genügt. — Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit dem Erlaß des Polizei-Präsidenten von Paris vom 22. Juni d. J., welcher in Paris schwarzen, dicken und lang andauernden Rauch untersagt (den Bericht hierüber erstattete Ober-Ingenieur Vogt vom Barmer Kessel-Revisionsverein), und trat sodann in die Berathung des oben erwähnten Antrages ein, eine gleiche Verordnung auch für Berlin zu erlassen. Zur Begründung dieses Antrages, den der Vorsitzende, Geheime Kommerzienrath Dr. Delbrück selbst gestellt hatte, sind folgende Erwägungen maßgebend gewesen: 1. Durch die Untersuchungen der Kommission seit Bestehen derselben ist festgestellt worden, daß es eine große Anzahl rauchverzehrender Apparate giebt, welche geeignet sind, die Entwickelung übermäßigen Rauches bei großen Feuerstätten zu verhindern. 2. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß bei Anwendung solcher Einrichtungen eine irgendwie in Betracht kommende ökonomische Schädigung der Besitzer von Feuerungsanlagen nicht eintreten wird. 3. Es ist zu erwarten, daß der Erlaß eines Verbots die weitere wirksame und segensreiche Entwickelung rauchverzehrender Apparate zur Folge haben wird. 4. Durch die sich immer vermehrenden Anlagen der Feuerstellen in großen Städten wird ein gesundheitsgefährlicher, die Schönheit und Reinlichkeit der Städte beeinträchtigender Einfluß ausgeübt. 5. Es bietet keine Schwierigkeiten, dicken und undurchsichtigen Rauch von schwachem, nicht belästigendem Rauch zu unterscheiden.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** hat den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen mit seiner Vertretung bei der am heutigen Freitag in Darmstadt stattfindenden Enthüllung des Landesdenkmals für den Großherzog Ludwig IV. beauftragt. — Der Kaiser machte zum Bau einer evangelischen Kirche in Stralkowo, einem Dorfe nahe der russischen Grenze, ein Gnadengeschenk von 20 500 Mark. — Der **Kultusminister** D. Dr. **Bosse** ist, wie die „N. Pr. Ztg." einer privaten Mittheilung entnimmt, auf der Rückreise von Palästina über Athen, Neapel, Rom, Florenz und Venedig in Wien angekommen; er gedenkt in diesen Tagen nach Berlin zurückzukehren und die Geschäfte seines Ressorts wieder zu übernehmen. D. Bosse hat auf der Hin- und Rückreise in Genua, Haifa, Athen, Neapel, Rom die Schulen der deutschen Kolonien besichtigt und, wo irgend thunlich, von dem Unterrichtsbetriebe Kenntniß genommen. Im Orient hat er namentlich auch die Krankenanstalten, insbesondere das „Lepraheim Jesushilfe" der Brüdergemeinde einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die archäologischen Institute in Athen und Rom sind von ihm ebenso, wie das preußische historische Institut im Palazzo Giustiniani in Rom eingehend in Augenschein genommen. — Sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Minister feierte der würtembergische **Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Mittnacht.** Den ersten Glückwunsch überbrachte der König persönlich, der hierzu aus Babenhausen nach Stuttgart gekommen war; die Königin gratulirte telegraphisch und durch den ersten Kammerherrn Baron v. Raßler. Die Kammerpräsidenten, die Staatsminister, die Gesandten von Preußen und Baiern mit anderen Mitgliedern des diplomatischen Korps erschienen dann, worauf noch Vertreter von Korporationen und Behörden ihren Glückwunsch darbrachten. Von fürstlichen Persönlichkeiten, Diplomaten, Staatsbeamten u. s. w. liefen zahlreiche schriftliche und telegraphische Gratulationen ein. — Die **Regierung der Provinz Brandenburg** soll in naher Zeit von Potsdam nach Charlottenburg verlegt werden. Zu den Ursachen dieser Verlegung dürfte die Thatsache beizuzählen sein, daß dem Oberpräsidenten Herrn v. Achenbach seine Wohnung in Potsdam — obgleich sich diese in einem Hause befindet, welches Eigenthum des dortigen Waisenhauses beziehungsweise des Kultusministeriums ist — gekündigt wurde. Man nimmt an, daß Charlottenburg deshalb zum künftigen Sitze des Oberpräsidiums gewählt worden ist, weil sich daselbst große fiskalische Terrains, insbesondere gegenüber dem Schlosse, befinden. — Bei den elf **Stadtverordneten-Stichwahlen** in Frankfurt a. M. wurden sechs demokratisch-fortschrittliche und fünf nationalliberale Kandidaten gewählt, die drei betheiligten Sozialdemokraten unterlagen. — In Halberstadt feierte die **Handelskammer** das Fest ihres **25jährigen Bestehens.** Eine große Menge von Glückwunschschreiben und Telegrammen war eingelaufen. Bei dem Festmahl brachte Oberpräsident v. Bötticher den Trinkspruch auf den Kaiser aus. — Der Braunschweiger Landtag hat einen Antrag angenommen, wonach **schulpflichtige Kinder** im Gastwirthsgewerbe während des Winters nicht über 8, während des Sommers nicht über 9 Uhr hinaus beschäftigt werden dürfen. — Die von der „Frankf. Ztg." verbreitete Nachricht von verschiedenen **Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen** ist dahin zu ergänzen, daß diese Ausweisungen im Laufe der letzten zwei Monate erfolgt sind. Einer der Ausgewiesenen, der französische Staatsangehörige Velain, Professor an der Sorbonne, hatte bereits in früheren Jahren geologische Aufnahmen ohne Erlaubniß der Behörden gemacht, worauf ihm im Jahre 1895 protokollarisch eröffnet wurde, daß er zu solchen Aufnahmen die Erlaubniß der Behörden nachsuchen müsse; andernfalls würde, falls man ihn wieder bei solchen Aufnahmen betreffen würde, seine Ausweisung erfolgen müssen; dieser Fall ist jetzt eingetreten. Der schweizerische Staatsangehörige, Theehändler Emil Gutknecht aus Basel ist wegen Uebertretungen von Vorschriften über das Heilverfahren mit einer Geldstrafe von 300 Mark belegt und, wie alle Ausländer, welche eine Strafe erlitten haben, ausgewiesen worden. Die anderen Ausweisungen betreffen Ausländer, welche entweder wegen gemeiner Vergehen Strafen erlitten haben, oder welche, wie die sämtlichen ausgewiesenen Italiener, als Anarchisten bereits aus der Schweiz ausgewiesen waren.

Deutschland.

Berlin, 25. November. Während der Anwesenheit des Kaisers in München ist durch direkte Besprechung zwischen demselben und dem Prinzregenten über die Militär-Strafprozeßordnung volle Verständigung erzielt worden. Der Prinzregent hat in die Errichtung eines baierischen Senats mit dem Sitz in Berlin beim obersten Militärgerichtshof eingewilligt. Dagegen hat der Kaiser Baiern das Recht der Ernennung des Vorsitzenden in diesem baierischen Senat und des Militäranwalts an demselben eingeräumt. Bei dem Dejeuner im Fürstenzimmer des Bahnhofs sprachen sich der Kaiser und der Prinzregent ungefähr achtzehn Minuten allein. Der Kaiser zog dann den nahestehenden Prinzen Ludwig mit ins Gespräch. Ministerpräsident von Crailsheim sprach lange eifrig mit dem Staatssekretär v. Bülow bis kurz vor 1 Uhr, wo die Abreise erfolgte. Herr v. Crailsheim erstattete dem Prinzregenten vor dessen Abreise zur Jagd nach dem Spessart Bericht.

Aus Anlaß der Ankunft des Kaisers und der Kaiserin in Baden-Baden ist die Stadt festlich geschmückt, alle Häuser sind beflaggt. Einen besonders schönen Anblick bietet die Straße, durch welche der Kaiser und die Kaiserin sich zum Schlosse begeben werden und auf deren beiden Seiten die Vereine und Schulen Aufstellung genommen haben. Das Fürstenzimmer des Bahnhofes ist in einen duftenden Blumengarten umgewandelt. Der Kaiser und die Kaiserin sind um 9½ Uhr Abends daselbst eingetroffen und von dem Großherzog und der Großherzogin am Bahnhof begrüßt worden. Die Fahrt durch die reichgeschmückten, illuminirten Straßen der Stadt nach dem großherzoglichen Schloß fand unter dem stürmischen Jubel der Bevölkerung statt.

— Aus englischen Quellen taucht wieder einmal das Gerücht einer neuen Entrevue der Kaiser von Oesterreich und Rußland auf. Wie der Wiener Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph" aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben will, werde Kaiser Nikolaus Anfangs April in Wien eintreffen, um dem Kaiser Franz Josef einen Besuch abzustatten. Der Zar habe ursprünglich beabsichtigt, zum 2. Dezember nach Wien zu kommen, aber dieser Plan sei in Folge Aufgebens der Jubiläumsfeier geändert worden; nun habe der Zar ganz aus freien Stücken den Wunsch ausgedrückt, den Besuch nach Ablauf der tiefsten Trauer zu machen. Aus diesem Grunde werde dem Besuche in politischen Kreisen besondere Wichtigkeit beigelegt. Selbstverständlich ist die Meldung unkontrollirbar und als krasse Zukunftsmusik mit großer Vorsicht aufzunehmen.

— Nach einer Athener Meldung wird sich Prinz Georg im Laufe der nächsten Woche zum Antritte seiner neuen Stellung nach Kreta begeben. Der künftige Kommissar wird in der Suda-Bai von den Admiralen, dem Präsidium des Exekutivkomitees, der höheren Geistlichkeit beider Konfessionen und einer Deputation der Bevölkerung feierlich empfangen werden. — Die Offiziere der internationalen Kontingente, die kürzlich zu provisorischen Präfekten in acht Bezirken von Kandia und Kanea ernannt wurden, sollen alsbald nach Uebernahme der Verwaltung durch den Prinzen Georg durch Einheimische ersetzt werden. Den meisten Mitgliedern des Exekutivkomitees sollen höhere Verwaltungsposten anvertraut werden.

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung folgende Entwürfe zum Reichshaushaltsetat für 1899 genehmigt: für den Reichskanzler und die Reichskanzlei; für das Reichsamt des Innern; für das Reichsschatzamt; für das Reichseisenbahnamt; für den Rechnungshof des Deutschen Reiches. Dem Ausschußbericht über die Vorlage wegen Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz vom 10. Mai 1892, betr. die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften, nebst dem hierauf bezüglichen Schreiben der königlich preußischen Minister der Finanzen und des Innern vom 21. September 1898, wurde die Zustimmung ertheilt; ebenso einem Antrag, betr. die Feststellung des Ruhegehalts von Reichsbeamten. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Vorlagen, betr. die Beförderung von Auswanderern durch den Norddeutschen Lloyd und durch die Hamburg-Amerika-Linie; betr. die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze; endlich betreffend den Entwurf zum Besoldungs- und Pensionsetat der Reichsbankbeamten, mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums, für 1899. Schließlich wurde über einen Seiner Majestät dem Kaiser zu machenden Vorschlag für die Besetzung einer Rathsstelle beim Reichsgericht und über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— Wichtigere Angelegenheiten, wie die Palästinafahrt des deutschen Kaisers und die Faschodaangelegenheit und die damit in Zusammenhang stehenden Flottenrüstungen Englands hatten eine Zeit lang die Frage nach dem Inhalt des deutsch-englischen Abkommens in den Hintergrund gedrängt. Sie taucht jetzt wieder auf; aber von der zutreffenden Antwort scheint man heute noch so weit entfernt zu sein, wie vor Wochen. Ein hiesiges Blatt läßt sich aus London berichten, daß in bekannten englischen kartographischen Anstalten Karten von Afrika veröffentlicht seien, auf denen Portugiesisch-Ostafrika als „voraussichtlich England gehörig" bezeichnet sei. Daraus schließt es, daß diese Andeutung den Inhalt des deutsch-englischen Abkommens wiederspiegele. Das könnte richtig sein, wenn die Karten gleichfalls von den Deutschland gemachten Zugeständnissen etwas erkennen ließen, aber allem Anschein nach ist das nicht der Fall. Das Blatt geht auch irre, wenn es wieder Sansibar als Entschädigungsobjekt erscheinen läßt. Daß Sansibar bei diesen Verhandlungen nicht in Frage gekommen sei, ist von deutscher Seite bereits in bestimmter Weise erklärt worden. Die Entschädigungen können nur in Südafrika gesucht werden. Ob dazu auch die Walfischbai gehört, wie ein englisches Blatt angedeutet hat, muß dahingestellt bleiben. Es ist selbstverständlich, daß der Uebergang dieser in unser Schutzgebiet eingekapselten Bucht in deutschen Besitz so wie so nur eine Frage der Zeit sein kann. Auf eine Beschleunigung dieses Ueberganges hinzudrängen, liegt für uns aber nicht mehr der gleiche Grund wie früher vor, nachdem wir einen guten Hafen in Swakopmund erhalten haben, während die Walfischbai immer mehr versandet.

— Der Petition, die Magistrat und Stadtverordnete von Berlin wegen der Fleischtheuerung an den Reichskanzler zu richten beabsichtigen, wird eine Denkschrift des Direktors des Berliner Viehhofes, Hausburg, beigegeben werden. Der „Allg. Fleischerztg." zufolge stellt die Denkschrift zunächst die Abnahme der Schlachtungen, die Einschränkung des Fleischverbrauchs besonders in der arbeitenden Bevölkerung, den Rückgang der Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Schlächter und die Abnahme des Verdienstes der Viehhändler fest. Die Denkschrift führt die Preiserhöhung im Viehhandel an. Die Vieh- und Fleischtheuerung sei darauf zurückzuführen, daß die Regierung seit Jahren die Vieheinfuhr aus den viehreichen Nachbarländern verhindert oder erschwert. Die Behauptung des landwirthschaftlichen Großgrundbesitzes, daß die deutsche Landwirthschaft den Bedarf Deutschlands an Fleisch selbst zu erzeugen vermöge, wird als unerfüllt und unerfüllbar gekennzeichnet. Die Denkschrift führt den zahlenmäßigen Beweis, daß die deutsche Landwirthschaft den Viehstand nicht zu decken im Stande ist; die Zunahme der Viehzucht in den letzten fünf Jahren sei um fast 3 Prozent hinter der Zunahme der Bevölkerung zurückgeblieben. Auch der deutsche Futterbau liefere nicht den Bedarf an Futter. Die Denkschrift stellt fest, daß die Mitwirkung der Vieh erzeugenden, dünner bevölkerten Nachbarländer bei der Fleischversorgung Deutschlands nicht zu entbehren ist. In Folge der Grenzsperre sei die Vieheinfuhr zurückgegangen, während dagegen der Fleischbedarf gewachsen sei. Die Grenzsperre sei gesetzlich nicht begründet, da die im Gesetz vorgesehene Bedingung für die Grenzsperre, nämlich daß im Auslande eine Viehseuche in einem für den deutschen Viehbestand bedrohlichen Umfange herrscht, nicht zutrifft, wie aus den amtlichen Veröffentlichungen hervorgeht. Schließlich empfiehlt die Denkschrift, anstatt die Grenzen zu sperren, vielmehr die Seuchen im Innern zu bekämpfen durch schärferes Augenmerk auf den heimischen Viehstand, gewissenhaftere Erfüllung der Vorschriften beim Seuchenausbruch, sowie Verbesserung der baulichen Einrichtungen für das Vieh zur Ermöglichung wirksamer Desinfektion.

— Zu den mitgetheilten, im Reichstag einzubringenden Interpellationen des Bundes der Landwirthe, welche dessen Organe veröffentlicht haben, schreibt die „Nat.-Lib. Korr.":

Die Interpellationen, welche der Vorstand des Bundes der Landwirthe für die Berathungen des Reichstags hat ankündigen lassen, tragen inhaltlich und in der Art, wie sie zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden, den Stempel der Agitation, die in einer vielbesprochenen, auf die Regierung zurückgeführten Auslassung treffend als „professionelles Agrarierthum" gekennzeichnet worden ist. Zu Interpellationen sind dreißig Unterschriften erforderlich. Nach Ausweis der Reichstagswahllisten hat die Bundesleitung vermöge der Vertretung durch Vorstandsmitglieder und besoldete Angestellte nur fünf Abgeordnete zur Verfügung. Bedingt zur Hand hat sie allenfalls auch die zehn Antisemiten. So fehlen also noch fünfzehn Unterschriften, die sie nur aus anderen Parteiverbänden erhalten kann. Daß sie sich aber mit anderen Fraktionen bereits vor Veröffentlichung der Interpellation in Beziehung gesetzt habe, ist ausgeschlossen; denn wie aus den Erörterungen über die künftige Präsidialwahl hervorgeht, haben bisher keinerlei Zusammenkünfte solcher Art stattgefunden. So erscheint das Vorgehen der Bundesleitung als eine Aeußerung des Machtanspruchs, die sie nach Abschluß der Reichstagswahlen sofort geltend gemacht: daß sie über eine Mehrheit im Reichstag „verfüge", eines Anspruchs, den auch konservative Organe zurückgewiesen haben, weil sie nicht wollten, daß die konservative Partei als eine Filiale der Bundesleitung erscheine . . . Es würde daher nicht nur im Interesse einer sachgemäßen Behandlung der landwirthschaftlichen Interessen sein, auf die es im kommenden Reichstag im Hinblick auf den Ablauf der Handelsverträge so sehr ankommt, sondern auch der Achtung vor den parlamentarischen Einrichtungen entsprechen, wenn endlich einmal, wo die Herausforderung so klar ist, Halt geboten würde und die Parteien, die die Bundesleitung nun angehen muß, ihr verständlich machten, daß sie sich eine solche Bevormundung schon um ihrer Reputation willen nicht bieten lassen können und daher die ihnen aufgenöthigte „Initiative" auf den Weg geordneter Geschäftsbehandlung verweisen müssen.

— Von bestunterrichteter Seite wird der „Nat.-Ztg." versichert, daß die Ausführung und Uebernahme der Leitung der geplanten Tschadsee-Expedition seitens der Reichsregierung keineswegs noch zweifelhaft sein kann. Wenn über die Vorbereitungen und Vorarbeiten bisher nichts in die Oeffentlichkeit gelangt ist, so werde doch Jedermann überzeugt sein, daß die Wahrung des Geheimnisses über dieses weitsichtige Unternehmen der Sache nur zu Gute kommen muß. Eine Expedition von solchem Umfange könne, das werde wohl gleichfalls Niemandem zweifelhaft sein, nicht in vier Wochen in Scene gesetzt werden, sie bedarf vielmehr der sorgfältigsten Vorbereitung. Was sodann die Notiz betrifft, daß der Plan der Uferbahn von Klein-Popo aus an den Mono in Togo hinausgeschoben sei, so wird mitgetheilt, daß die Bahn nicht in Klein-Popo, sondern in Lome begonnen wird und ihr Bau von der Fertigstellung der Landungsbrücke in Lome abhängt, die wegen der großen Seebrandung außerordentliche Schwierigkeiten bietet; letztere werden aber sicher überwunden werden. In den Etat für 1899 sind dementsprechend die Kosten für die Landungsbrücke bereits eingestellt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. November. Im Abgeordnetenhause wurde die stürmische Sitzung erst nach zehnstündiger Dauer geschlossen. Die Ablehnung der Ministeranklage wegen Verhängung des galizischen Ausnahmezustandes durch die Mehrheit war selbstverständlich. Immerhin hatten, wie bereits letzthin, auch heute die Darlegungen des polnischen Sozialisten Daszynski über die galizischen Zustände große Wirkung. Am Sitzungsschluß erklärte Schönerer, er und seine Gesinnungsgenossen würden der morgigen sog. Jubiläumssitzung fernbleiben, da die deutschvolklich Gesinnten an Loyalitätskundgebungen nicht theilnehmen könnten, solange die Sprachenverordnungen bestehen. Schönerer fragte dann den Präsidenten, ob er nicht für den 26. November eine außerordentliche Sitzung einberufen wolle, als am Jahrestag des Einschreitens der Polizei im Parlament mit der Tagesordnung des Antrags Schönerers auf Errichtung einer Gedenktafel im Parlament. Redner verlas den Wortlaut des Antrages sowie die Inschrift, welche die Namen aller am vorjährigen Einmarsche der Polizei ins Parlament betheiligten Personen enthalten soll. Der Präsident erwiderte, Schönerer habe offenbar nur Scherz getrieben und lasse deshalb hierüber nicht abstimmen. Schönerer verlangt die Unterstützungsfrage, was der Präsident ablehnt. Die Schönerianer rufen: „Wir werden wissen, was wir zu thun haben!" Damit schloß der Zwischenfall ab. Abg. Graf Dzieduszyczky ließ Daszynski wegen einer beleidigenden Aeußerung fordern. Daszynski lehnte aber den Zweikampf ab. Gerüchtweise verlautet, es stehe eine baldige Vertagung des Abgeordnetenhauses bevor. Das Gerücht ist darauf zurückzuführen, daß der Präsident am Schlusse der morgigen Huldigungssitzung erklären wird, er werde den nächsten Sitzungstag und die Tagesordnung schriftlich bekannt machen.

Frankreich.

Paris, 24. November. In der Kammer wurde heute der Entwurf eines von zahlreichen Abgeordneten unterzeichneten Antrages vertheilt, der eine Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf zwei Jahre bezweckt. Der Abgeordnete Coutant (Soz.) bringt einen Antrag ein, dahingehend, den Arbeitgebern solle verboten werden, mehr als zehn v. H. ausländische Arbeiter zu beschäftigen. Coutant fordert für seinen Antrag die Dringlichkeit. Ministerpräsident Dupuy bekämpft die Dringlichkeit, weil eine ernsthafte Prüfung des Antrages nothwendig wäre. Die Dringlichkeit wird darauf verworfen. Dejeante (Soz.) richtet an die Regierung eine Anfrage über die Betheiligung Frankreichs an der Anti-Anarchisten-Konferenz in Rom. Dejeante verdammt zwar die Attentate der Anarchisten, behauptet aber, die bestehenden Gesetze seien ausreichend. Redner befürchtet, daß man reaktionäre Gesetze schaffe unter dem Vorwande, die Anarchie zu bekämpfen. Ministerpräsident Dupuy erwidert, die französische Regierung habe der Konferenz gegen den Anarchismus in Rom zugestimmt, denn es bestehe eine Solidarität in dieser Angelegenheit bei den Nationen. Frankreich werde nach Rom gehen unter Wahrung seiner inneren Gesetzgebung. Die Konferenz sei dazu bestimmt, Meinungen auszutauschen, deren Ergebniß werde wohl eher ein Austausch philosophischer Ansichten sein als Gesetze zur Unterdrückung des Anarchismus. Niemand könne ein Gefühl der Unruhe oder Besorgniß haben. (Beifall.) Vaillant (Sozialist) fürchtet, daß man die Sozialisten mit den Anarchisten verwechsle. Mehrere Mächte, die auf der Konferenz in Rom vertreten seien, bereiteten Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sozialisten vor. Nach einer Rede des Sozialisten Zevaes, der behauptet, das kapitalistische System trage Schuld an dem Anarchismus, nimmt die Kammer eine Tagesordnung mit 420 gegen 107 Stimmen an, wonach die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Italien.

Rom, 24. November. Die internationale Konferenz zur Berathung von Maßregeln zur Bekämpfung des Anarchismus wurde heute Nachmittag 2½ Uhr im Palazzo Corsini durch den Minister des Aeußern Canevaro eröffnet. Mit Ausnahme einiger Deligirten, die nicht eingetroffen sind, sich aber entschuldigt haben, waren die Abordnungen aller europäischen Mächte zugegen, welche die Einladung zur Konferenz angenommen haben. Canevaro hieß die Erschienenen willkommen und dankte ihnen im Namen des Königs, welcher sich glücklich schätze, in der Hauptstadt seines Königreichs die Vertreter aller europäischen Staaten zu sehen, und welcher der Konferenz das beste Gelingen wünsche. Canevaro erklärte weiter, es sei nicht Aufgabe der Regierung, in irgend welcher Art den Entscheidungen der Konferenz vorzugreifen. Niemand könne sich die vielfachen und großen Schwierigkeiten der Aufgabe verhehlen, welche eine peinliche Pflicht den Regierungen auferlege, es sei aber als ein gutes Vorzeichen zu begrüßen, daß man sich sofort über die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Verständigung im Hinblick auf die Gefahr einig gewesen sei, welche die ganze Gesellschaft bedrohe, und für den guten Ausgang der Berathungen bürge die hohe Weisheit und der Geist der Eintracht, welcher alle Anwesenden erfülle. Als Doyen der fremden Delegirten dankte der österreichische Botschafter Freiherr von Pasetti dem Vorredner für die Begrüßung, bat Canevaro, den italienischen Majestäten den Ausdruck der Verehrung seitens der Delegirten zu übermitteln, und schlug vor, Canevaro zum Präsidenten zu wählen, welcher schon wiederholt seine Geschicklichkeit in der Lösung recht schwieriger Fragen be-

wiesen habe und ebenso auch die gegenwärtigen Berathungen zu einem guten Ende führen werde. Dieser Vorschlag wurde angenommen und Canevaro einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Derselbe dankte und schlug eine Geschäftsordnung vor, welche gemäß einem den Delegirten vorher zugegangenen Entwurf angenommen wurde. Auf Grund der Geschäftsordnung ernannte Canevaro zu Vizepräsidenten Pasetti und den belgischen Gesandten von Loo. Als Schriftführer fungiren die Botschaftsräthe Graf von Pückler, Blondel und Bonham. Der Eröffnung der Konferenz wohnten Ministerpräsident Pelloux, der Justizminister Finocchiaro-Aprile und mehrere Unterstaatssekretäre bei.

Nach der Genehmigung der Geschäftsordnung begann die Konferenz ihre Berathungen mit der Feststellung eines Arbeitsprogramms. Um 4½ Uhr Nachmittags wurde die erste Sitzung geschlossen, die nächste Sitzung findet morgen statt.

England.

London, 23. November. Britisch Ost-Afrika soll eine neue Verwaltung erhalten. Somaliland wird der indischen Regierung, der es bisher unterstellt war, abgenommen und mit Uganda, dem eigentlichen „britischen Ostafrika", Nyassaland und den der Chartered Company nicht gehörigen zentralafrikanischen Provinzen einer besonderen Verwaltung unterstellt, die ihrerseits wieder direkt vom Auswärtigen Amte ressortirt. Der Zweck dieser Neuorganisation ist augenfällig und wurde schon bei Erwähnung der Uebernahme des Barotselandes und gelegentlich des Delagoahandels beleuchtet.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin,** 25. November. Die Stadtverordneten-Wahlen der zweiten Abtheilung vollzogen sich heute ebenfalls unter ansehnlicher Betheiligung der Wählerschaft. Im ersten Bezirk galt die Wahl der vom Komitee unabhängiger Stadtverordneten aufgestellten Kandidaten bereits Mittags als gesichert, im zweiten Bezirk war das Endergebniß zweifelhaft.

Nach Schluß der Redaktion ging uns das Wahlergebniß zu, wonach im ersten Bezirk die Herren Schlossermeister W. Berndt, Kaufmann Alb. Friedr. Fischer, Glashändler Emi. Krüger und Kaufm. Gust. Vollbrecht (sämtlich vom Komitee der unabhängigen Stadtverordneten aufgestellt) mit erheblicher Mehrheit gewählt wurden. Im zweiten Bezirk siegte mit geringem Vorsprung die Liste der „Vereinigten Liberalen".

— Bei den Schiedsgerichten der Arbeitsversicherung sind nachfolgende Beamte zu Vorsitzenden bez. stellvertretenden Vorsitzenden ernannt worden: der Landgerichtsrath Pauli in Stettin zum Vorsitzenden und der Bürgermeister Stipanski in Kammin zum stellvertretenden Vorsitzenden des in Kammin errichteten Schiedsgerichts für die Regiebauten des Kommunalverbandes des Kreises Kammin, und der Landrichter Förster in Stettin zum stellvertretenden Vorsitzenden des hierselbst bestehenden Schiedsgerichts für die Sektion V der Seeberufsgenossenschaft.

— Ueber die Frage des Großschifffahrtsweges Berlin-Stettin verhandelte am 23. d. M. eine Versammlung in Oranienburg, zu welcher sich zahlreiche Theilnehmer sowohl aus der Stadt Oranienburg als aus den benachbarten gewerbreichen Ortschaften eingefunden hatten. Nach Vorträgen des Rechtsanwalts Dr. Baumert (Spandau) und des Reichstagsabgeordneten M. Brömel (Berlin) nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, durch welche die Gemeindevorstände und die gewerblichen Kreise aller betheiligten Plätze zu nachdrücklichem Eintreten für den Bau der Westlinie aufgefordert werden. Auch ein anwesender Vertreter der Landwirthschaft sprach sich für den Kanal aus und stellte in Aussicht, daß der landwirthschaftliche Kreisverein ebenfalls in gleichem Sinne wirken werde. Wie ferner mitgetheilt wurde, haben auf Aufforderung der Regierung sich sowohl die Stadt Oranienburg als die privaten Grundstücksbesitzer in der Umgegend zur Hergabe des von ihnen zum Bau der Westlinie benöthigten Terrains bereit erklärt.

— Bei den auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe in der letzten Zeit ausgeführten Revisionen gewerblicher Fortbildungsschulen haben sich in verschiedenen Anstalten vielfach dieselben Mängel vorgefunden. Da anzunehmen ist, daß auch bei den nicht revidirten Schulen dieselben oder ähnliche Ausstellungen zu machen sind, so hat nach dem „Reichsanzeiger" der Minister allen Regierungs-Präsidenten einen „Auszug aus den Berichten über die Revisionen gewerblicher Fortbildungsschulen" mit dem Ersuchen übersandt, jedem Lehrer dieser Anstalten ein Exemplar zur Nachachtung auszuhändigen. In dem Auszug ist zunächst allgemein ausgeführt, daß bei den meisten gewerblichen Fortbildungsschulen der Charakter als gewerbliche Lehranstalt nicht deutlich genug hervortritt, da die Lehrer sich vielfach darauf beschränken, das im Volksschulunterricht Gelernte zu wiederholen und zu ergänzen, ohne die Bedürfnisse des praktischen Lebens, die örtlichen Verhältnisse und die Berufsinteressen der Schüler gebührend zu berücksichtigen. Die Gliederung der Schüler und der Aufbau der Klassen für den Unterricht im Deutschen und Rechnen entsprechen nur in wenigen Anstalten den Vorschriften. Die Lesestücke werden mechanisch nach Volksschulweise behandelt, die Sprachfertigkeit wird zu wenig geübt, für die Belehrungen in der Gesetzeskunde, Gewerbekunde und Volkswirthschaftslehre bleibt zu wenig Zeit, und diese Belehrungen sind zu theoretischer Natur. Der Rechenunterricht berücksichtigt zu wenig den gewerblichen Beruf der Schüler. Operationen mit unbenannten Zahlen und Kopfrechnen nehmen einen breiten Raum ein; dagegen wird keine genügende Kenntniß des Münz-, Maß- und Gewichtssystems erzielt. Auch die Buchführung wird nicht zweckmäßig betrieben. Noch weniger würden die Fortbildungsschulen natürlich ihren gewerblichen Charakter haben wahren können, wenn nach dem Wunsche der Orthodoxen auch die Religion in den Lehrplan aufgenommen worden wäre.

— Das Deutsche Zentralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke, welches unter dem Allerhöchsten Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin und dem Ehrenvorsitz des Reichskanzlers steht, wird am 17. Dezember im Reichskanzlerpalais seine diesjährige Generalversammlung abhalten. Von den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen sind insbesondere bemerkenswerth nähere Mittheilungen über den vom Zentralkomitee für die Pfingstwoche 1899 nach Berlin einzuberufenden „Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit", dessen Vorbereitung und Leitung in den Händen des Herzogs von Ratibor und des Geheimraths v. Leyden liegt. Da in letzter Zeit eine größere Anzahl von Gemeinden die Mitgliedschaft des Zentralkomitees erworben hat und die an der Unterbringung tuberkulös Erkrankter in Heilstätten sich anschließende Fürsorge zu nicht geringem Theil auf kommunalem Gebiet liegt, so wird ferner die Stellung der Gemeinden zur Heilstättenfrage einer näheren Erörterung unterzogen werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß der Generalversammlung, da das Zentralkomitee die Erwerbung der Korporationsrechte beabsichtigt, der Entwurf neuer Satzungen vorliegen wird, in welchem zugleich eine Erweiterung der Thätigkeit des Zentralkomitees zum Ausdruck gelangt. Den Vorsitz in der Generalversammlung wird der Vorsitzende des Präsidiums, Staatssekretär des Innern Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, führen.

— Die Anbringung von Hausbriefkästen in Hotels, Kaufhäusern und Fabriken, womit in Köln und Liegnitz vor Wochen probeweise begonnen wurde, ist jetzt vom Reichspostamt grundsätzlich genehmigt worden. Es hat die Oberpostdirektionen ermächtigt, Anträgen auf Anbringung solcher Hausbriefkästen unter Beobachtung folgender Bedingungen in geeigneten Fällen stattzugeben. Die Briefkästen, die im Innern der Hauser angebracht werden müssen, haben von gleichem Aussehen zu sein, wie die in dem betreffenden Ort in Gebrauch befindlichen Straßenbriefkästen. Für die leihweise Hergabe, Instandhaltung und Leerung der Kästen sind die Selbstkosten, mindestens aber 24 Mark jährlich für jeden Kasten zu zahlen. Die Theilnehmer an dieser Einrichtung, die jeder Zeit widerruflich ist, dürfen keine Schlüssel zum Briefkasten besitzen.

— Weihnachts-Ausstellung der Züllchower Anstalten. Mit den Züllchower Anstalten zu Züllchow bei Stettin (Bruderanstalt, großes Knabenrettungshaus mit Filiale für konfirmirte Zöglinge) sind seit 1858 verschiedene größere Geschäftszweige (Handelsgärtnerei und Weihnachtsindustrie) verbunden, auf deren Erträge die Anstalten größtentheils angewiesen sind. Manchem der verehrten Leser hoffe ich einen Gefallen damit zu thun, wenn ich ihn einmal auf den Weihnachtskunstverlag und die Spielwaarenhandlung der Züllchower Anstalten aufmerksam mache und ihn zum Besuch unserer vom 1. Advent ab wieder eröffneten Weihnachtsausstellung in Züllchow, Schloßstraße 29 I, auf das herzlichste einlade. Bei der bequemen Verbindung mit der elektrischen Bahn — Züllchow, Schloßstraße, ist Haltestelle — braucht Niemand den kleinen Ausflug nach hier zu scheuen, er wird ihn gewiß nicht bereuen. Spezialitäten unserer Anstalten sind reizende Weihnachtskrippen und Christbaumausschmückungen auf der einen, und bessere Kinderspielwaaren auf der anderen Seite. Ein ausführliches Weihnachtspreisverzeichniß, das über all unsere Herrlichkeiten genaue Auskunft giebt, steht Interessenten auf Wunsch jederzeit gerne gratis und franko zur Verfügung.

* In der letzten Sitzung des Ornithologischen Vereins (Vorsitzender Herr Sanitätsrath Dr. Bauer) fand eine eingehende Besprechung über die bevorstehende Ausstellung von Junggeflügel statt. Es ist mehrfach der Wunsch laut geworden, die Schau bei genügender Betheiligung einen ganzen Tag dauern zu lassen und mit derselben gleichzeitig einen Markt zu verbinden. Der Vorsitzende ist, Dank der Zuwendung der Landwirthschaftskammer, mit einer Prämien-Vertheilung in der üblichen Höhe der allgemeinen Ausstellung einverstanden. Herr Koppen schlägt vor, durch Hörung der anwesenden Züchter sogleich festzustellen, in welcher Stärke die Ausstellung ungefähr beschickt werden würde. Die angestellte Nachfrage ergiebt 40 Stämme Hühner und ca. 100 Paar Tauben. In den sogleich anberaumten Sektions-Sitzungen werden alsdann die näheren Einzelheiten noch erörtert. Herr Direktor Falk stellt unter näherer Erklärung ein Taubenschlag-Modell, sowie eine Versandkiste für Tauben aus. Beide sind in allen Theilen praktisch konstruirt und finden die volle Anerkennung der Versammlung. Der Verein Pyritz meldete sich mit 50 Mitgliedern zur Aufnahme in den Verband. Frau Gutsbesitzer Schulz-Clebow ist für musterhafte Haltung ihrer Hühner-Ställe seitens des Vorstandes eine Geldprämie bewilligt worden. Vorgeschlagen zur Aufnahme wird Fräulein Marie Karbe-Finkenwalde.

* Zur Verhandlung während der gegenwärtig hier einberufenen Schwurgerichtstagung sind außer den bereits früher gemeldeten noch folgende Strafsachen zur Verhandlung angesetzt worden: am Sonnabend, den 26. November, gegen den Landbriefträger Karl Fingerloos aus Ferdinandshof wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder und Unterdrückung von Briefen; am Montag, den 28., gegen den Posthülfsboten Otto Hildebrandt aus Wilhelmsdorf wegen Verbrechens im Amte; am Dienstag, den 29., gegen die unverehelichte Ida Kolodrey wegen Kindesmords.

* Im Keller des Hauses Schulzenstr. 25 entstand letzte Nacht gegen 2 Uhr ein kleiner Brand, den die hinzugerufene Feuerwehr in kurzer Zeit löschte.

* Auf der Sanitätswache erschien in letzter Nacht ein Heizer, der bei einer Schlägerei zahlreiche Schnittwunden an den Händen davongetragen hatte. Nach Anlegung eines Verbandes wurde der Mann entlassen.

* Die Buchdruckerei von Fischer u. Schmidt hierselbst hat das bekannte „Panorama von Stettin" in neuer Auflage erscheinen lassen. Das in der Größe von 50 × 100 Zentimeter sauber lithographirte Kunstblatt wird Vielen gewiß als Weihnachtsgeschenk willkommen sein, um so mehr, da der Preis als ein mäßiger bezeichnet werden darf.

* Der Dampfer „Margarethe", welcher in Folge einer Kollision in der weiten Strewe gesunken war, ist gestern Abend gehoben und nach dem Regierungsbauhof in Bredow geschleppt worden.

Aus den Provinzen.

Freienwalde i. P., 24. November. Am Todtenfestmorgen um ¼1 Uhr starb in dem nahen Silbersdorf die Altsitzerin Projahn, geb. Nickel, in dem seltenen Alter von 104 Jahren 3 Monaten und 22 Tagen. Gewiß ist sie die älteste Frau Pommerns. Am 30. Juli 1794 wurde sie in Rehwinkel geboren. Zwar erblindet und fast taub, war sie sonst stets sehr gesund gewesen und fast nie krank. Auf ihrem Gesichte lag stets eine verklärte Freundlichkeit. Von den Ihrigen ist sie bis zur letzten Stunde mit hingebender Liebe gepflegt worden. Ihr Sterben war kurz und sanft. In den letzten Jahren wurde sie von einem kaiserlichen Gnadengeschenk am Geburtstag bedacht.

‖ **Köslin,** 24. November. Ueber das Vermögen der verehel. Auguste Cohn, geb. Dittmer, Inhaberin der Firma S. Rosenbaum, ist Konkurs eröffnet. Anmeldefrist: 18. Dezember.

*⁎ **Körlin a. P.,** 24. November. Auch hier haben zum ersten Male die kommunalen Wahlen eine größere Agitation hervorgerufen und zwar in der 1. Abtheilung; gewählt wurden die Herren Isidor Salomon und Gustav Lüdtke, während der allseitig beliebte bisherige Stadtverordneten-Vorsteher Meyer noch nicht ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhielt, die Folge war eine große Erregung in der Bürgerschaft, Herr Lüdtke lehnte die auf ihn gefallene Wahl sofort ab, außerdem wollen ca. 10 andere Stadtverordnete ihre Mandate niederlegen.

Gerichts-Zeitung.

Altona, 24. November. Das hiesige Landgericht verhandelte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den Schirmmacher Oldenburg, der prahlerisch geäußert hatte, er solle im Auftrage der Hamburger Anarchisten auf der Rückkehr von Jerusalem den deutschen Kaiser ermorden. Oldenburg wurde zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt.

Elberfeld, 24. November. Daß man Damen in keinerlei Weise belästigen darf, auch im Eisenbahnkoupee nicht, erfuhr in der letzten Strafkammersitzung ein schon vorbestrafter Kaufmann aus Barmen, der auf der Fahrt von Rittershausen nach Wipperfürth das Ladenfräulein Anna Schmitz bei der Fahrt durch einen Tunnel trotz ihres Widerstrebens umarmt und geküßt hatte. Auf der nächsten Station versperrte er dem Mädchen, das um Hülfe rufen wollte, den Weg zum Fenster. Das Mädchen erzählte auf der weiteren Reise den Mitreisenden den Fall, denen es gelang, den Namen des Mannes festzustellen. Der Angeklagte wurde trotz seines Leugnens zu einem halben Jahre Gefängniß verurtheilt.

Landwirthschaftliches.

Auch im November d. Js. ist bei den aus Amerika stammenden Obstsendungen das Vorhandensein der San José-Schildlaus wiederholt festgestellt. In Hamburg wurde die Schildlaus in diesem Monat bisher bei fünf Sendungen getrockneter Birnen und Nektarinen vorgefunden; die eine Sendung war stark mit ihr besetzt. Die Sendungen sind angehalten, und es ist deren Wiederausfuhr nach dem Auslande unter amtlicher Kontrolle angeordnet worden.

Schiffsnachrichten.

London, 24. November. Der in Barth beheimathete deutsche Dreimastschooner „Ernst" ist auf der Fahrt von Liverpool nach Danzig ungefähr eine Meile von den Needles gestrandet. Durch ein Rettungsboot wurden der Kapitän und zwei Mann gerettet. Man vermuthet, daß die übrigen sechs von der Mannschaft ertrunken sind.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 25. November. Wie das „B. T." meldet, explodirten auf der Blei-Scharley-Grube in Oberschlesien gestern 10 Pfund Dynamit vor einer Dynamitkammer, welche etwa 8 Zentner Sprengstoffe enthielt. Ein Bergarbeiter wurde getödtet. Nähere Nachrichten fehlen.

— [Angeblicher Tod durch Impfung.] Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die Zeitschrift „Der Natur- und Volks-Arzt" brachte in ihrer September-Nummer unter der Spitzmarke „Tod durch Impfung" die Mittheilung, daß die zwölfjährige Tochter des Gastwirths Dietrich in Hofgeismar kurz nach der zweiten Impfung heftig erkrankt und nach 10 Tagen im Landkrankenhause verstorben sei. Diese Mittheilung hat sich insofern als unzutreffend herausgestellt, als ein Zusammenhang zwischen Tod und Impfung nicht bestanden hat. Das am 17. Juni geimpfte Kind erkrankte am 23. Juni an einer rosenartigen Entzündung am linken Bein und starb am 20. Juli; die Rose ging aber nicht von den Impfstellen am Oberarm, sondern von einer Eiterblase am Beine aus. Daß die Rose mit der Impfung in keinem Zusammenhang stand, geht auch daraus hervor, daß das Kind schon früher einmal an Rose gelitten hatte und daß von den 60 gleichzeitig mit demselben geimpften Kindern keines an Rose erkrankt ist.

— [Ein „zahlreicher Familienvater".] In Danzig ist dieser Tage der Sargfabrikant Grund gestorben. Er war der kinderreichste Familienvater Danzigs, da er 22 Kinder hatte.

Namur, 25. November. Die vorgestern verschütteten drei Arbeiter sind gestern nach 24stündiger Bemühung aufgefunden und aus ihrer schrecklichen Lage befreit worden. Alle drei sind am Leben, waren aber durch den Schrecken sehr erschöpft. Der Moment, an welchem die Verunglückten das Tageslicht erblickten, war ergreifend.

Christiania, 22. November. Der dreitägige Orkan, der an der nördlichen Küste Norwegens und auf den Lofoten herrschte, hat eine Menge Unglück gebracht. Außer den Schäden an Häusern und an Bollwerken wurde eine Menge Fischerfahrzeuge vernichtet, so daß zahlreiche Fischer diesen Winter nicht ihrem Erwerbe nachgehen können. So weit bis jetzt bekannt geworden, sind in Folge des Orkans vier Menschen getödtet worden.

ℒ **Kopenhagen,** 23. November. Der wahnsinnige Mörder Gustafsson, der seit 14 Tagen das Kirchspiel Madesjö im südlichen Schweden in Schrecken hielt, ist endlich ergriffen worden. Während vor 14 Tagen, nach Begehung des Mordes, sein Haus von 30 Mann belagert wurde, die sich einen ganzen Tag vergeblich bemühten, ihn vom oberen Stockwerk herabzubekommen, leistete er jetzt nur geringen Widerstand. Vermuthlich haben Hunger und Kälte den Unglücklichen arg mitgenommen. In Madesjö, dessen Bewohner allmälig in immer größere Angst geriethen, wird man jetzt erleichtert aufathmen. Gustafsson hatte seiner engeren Heimath gewaltige Scherereien gemacht. Mehrmals setzten einige Ortsvorsteher des Kirchspiels Madesjö unter Aufgebot von einigen hundert Einwohnern Treibjagden ins Werk, bei denen jeder Theilnehmer aus Leibeskräften schrie, so daß der Gesuchte hinreichende Gelegenheit fand, sich zu verbergen. Sein Haus macht im Innern den Eindruck, als wäre es durch Bombardement zerstört worden. Bei der s. Z. vorgenommenen Belagerung suchte man nämlich dem Wahnsinnigen, der sich im oberen Stockwerk aufhielt, dadurch beizukommen, daß man von unten her den Fußboden aufriß, wobei man sehr vorsichtig zu Werke gehen mußte, um nicht von einer Kugel des wahnsinnigen Schützen niedergestreckt zu werden. Als ihm schließlich nur noch ein kleiner Raum übrig blieb, sucht man ihm mit Haken und einer Feuerspritze beizukommen, doch auch dies half nichts und er erschoß endlich einen seiner Angreifer. Vermuthlich werden ihn die Behörden jetzt dauernd in Sicherheit bringen. Schon vor 13 Jahren kam er in einem Anfall von religiösem Wahnsinn auf die Idee, sich und seine Frau, sowie seine beiden Kinder dem Hungertode zu weihen, zu welchem Zweck er sein Haus verrammelte. Als es mehrere Tage später erbrochen wurde, fand man Frau und Kinder halb verhungert vor. Damals brachte man ihn auf kurze Zeit in eine Anstalt und ließ ihn dann wieder laufen. Seitdem machte sein religiöser Wahnsinn immer mehr Fortschritte. Er glaubte, er sei der Prophet, und manchmal bildete er sich ein, er sei der Herrgott in höchsteigener Person.

Bankwesen.

Paris, 24. November. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1 834 885 000, Abnahme 1 414 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 221 637 000, Zunahme 716 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 882 456 000, Abnahme 32 737 000.
Notenumlauf Franks 3 717 346 000, Abnahme 27 644 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 451 279 000, Abnahme 4 247 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 329 439 000, Zunahme 14 135 000.
Gesamt-Vorschüsse Franks 407 850 000, Abnahme 6 785 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 9 652 000, Zunahme 525 000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 82,22 Prozent.

London, 24. November. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 23 015 000, Zunahme 819 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 26 762 000, Abnahme 281 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 32 977 000, Zunahme 538 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 26 779 000 unverändert.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 35 667 000, Zunahme 422 000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 6 345 000, Zunahme 540 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 20 653 000, Zunahme 788 000.
Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 10 030 000, Zunahme 125 000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 54⅝ gegen 53⅞ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 134 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 5 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 25. November. Wetter: Bedeckt. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Barometer 752 Millimeter. Wind: S.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 37,60 G.

Berlin, 25. November. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 38,00, loko 50er amtlich 57,50.

London, 25. November. Wetter: Regenschauer.

Berlin, 25. November. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,20	London kurz	—,—
do. do. 3½%	101,20	London lang	—,—
do. do. 3%	94,25	Amsterdam kurz	—,—
Dtsch. Reichsanl. 3%	94,00	Paris kurz	—,—
Pom. Pfandb. 3½%	98,60	Belgien kurz	—,—
do. do. 3%	88,90	Berl. Dampfmühlen	129,25
do. Neul. Pfd. 3½%	98,30	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	105,00
3% neuländ. Pfdbr.	88,80	Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	422,00
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	98,90	„Union", Fabr. chem. Produkte	140,75
do. 3%	89,00	Varziner Papierfabr.	199,75
Italienische Rente	93,80	Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	150,25
do. 3% Eisb.-Obl.	59,00	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
Ungar. Goldrente	101,30	3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Rumän. 1881er am. Rente	99,70	Stett. Stdtanl. 3½%	—,—
Serb. 4% 95er Rente	58,50	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. von 1890	39,10	Disc.-Commandit	193,25
Rum. am. Rente 4%	91,80	Berl. Handels-Ges.	162,40
Mexikan. 6% Goldr.	99,30	Oesterr. Credit	221,10
Oesterr. Banknoten	169,70	Dynamite Trust	175,10
Russ. Bankn. Cassa	216,50	Bochumer Gußstahlf.	214,80
do. do. Ultimo	216,50	Laurahütte	206,75
Gr. Russ. Zollcoup.	323,30	Harpener	172,75
Franz. Banknoten	80,80	Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	193,00
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	97,00	Dortmunder Union Littr. C.	94,10
do. (100) 4%	93,25	Ostpreuß. Südbahn	92,30
do. (100) 4%	—,—	Marienburg-Mlawkabahn	83,60
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—	Norddeutscher Lloyd	109,30
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI Em.	100,00	Lombarden	30,00
Stett. Vulc.-Aktien Littr. B.	215,75	Franzosen	150,50
Stett. Vulc.-Prior.	215,00	Luxemburg. Prince-Henribahn	101,00
Stett. Straßenbahn	178,00		
Petersburg kurz	215,75		
Warschau kurz	—,—		

Tendenz: Abgeschwächt.

Paris, 24. November, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	24.	23.
3% Franz. Rente	102,27	102,10
5% Ital. Rente	94,60	94,80
Portugiesen	23,30	23,00
Portugiesische Tabaksoblig.	474,00	—,—
4% Rumänier	93,30	93,35
4% Russen de 1889	—,—	—,—
3% Russen de 1894	—,—	—,—
4½% Russ. Anl.	100,20	100,30
4% Russen (neue)	94,90	94,85
3% Serben	59,20	59,20
4% Spanier äußere Anleihe	42,37	42,30
Convert. Türken	22,50	22,45
Türkische Loose	110,70	110,50
4% türk. Pr.-Obligationen	472,00	475,00
Tabacs Ottom.	274,00	274,00
4% ungar. Goldrente	102,60	102,35
Meridional-Aktien	687,00	690,00
Oesterreichische Staatsbahn	760,00	760,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3630	3625
B. de Paris	945,00	940,00
Banque ottomane	545,00	544,00
Credit Lyonnais	853,00	847,00
Debeers	649,00	646,00
Langl. Estrat.	77,00	—,—
Rio Tinto-Aktien	763,00	756,00
Robinson-Aktien	222,50	221,50
Suezkanal-Aktien	3656	3655
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,68	206,87
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122 3/16	122,25
do. auf Italien	6,75	6,37
do. auf London kurz	25,29	25,29½
Cheque auf London	25,31½	25,32
do. auf Madrid kurz	352,50	346,50
do. auf Wien kurz	207,75	207,87
Huanchaca	—,—	—,—
Privatdiskont	—,—	—,—

Köln, 24. November. Rüböl loko 54,00, per November 51,60. — Wetter: Kalt.

Hamburg, 24. November, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 30,75 G., per März 31,50 G., per Mai 32,00 G., per September 32,25 G.

Hamburg, 24. November, Nachm. 3 [illegible] Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Roh[illegible] 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue U[illegible] frei an Bord Hamburg, per November 10,10, per Dezember 10,17½, per Januar 10,22½, per Februar 10,27½, per März 10,32½, per Mai 10,42½. Ruhig.

Bremen, 24. November. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,90 B. Schmalz ruhig. Wilcox 28 Pf., Armour shield 28 Pf., Cudahy 29 Pf., Choice-Grocery 29 Pf., White label 29 Pf. — Speck fest. Short clear middl. loko 28½ Pf. — Reis stetig. — Kaffee ruhig. — Baumwolle stetig. Upland middl. loko 28½ Pf.

Pest, 24. November, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko matt, per März 9,76 G., 9,78 B. Roggen per März 8,48 G., 8,50 B. Hafer per März 5,97 G., 5,99 B. Mais per Mai [illegible],76 G., 4,77 B. Kohlraps per August 12,40 G., 12,50 B. Wetter: Regen.

Amsterdam, 24. November. Java-Kaffee good ordinary 32[illegible].

Amsterdam, 24. November. Bancazinn 49,12.

Amsterdam, 24. November, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine träge, per November —,—, per März 183,00. Roggen loko —, do. auf Termine fest, per März 143,00, per Mai 138,00. Rüböl loko —,—, per Dezember [illegible], per Mai —,—.

Antwerpen, [illegible] November, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,62 bez. u. B., per November 19,62 B., per Dezember 19,87 B., per Januar-März 20,00 B. Fest.

Schmalz per November 68,00.

Antwerpen, 24. November. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer beh. Gerste fest.

Paris, 24. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per November 22,05, per Dezember 21,50, per Januar-Februar 21,35, per Januar-April 21,35. Roggen ruhig, per November 14,85, per Januar-April 14,60. Mehl ruhig, per November 47,10, per Dezember 46,65, per Januar-Februar 46,00, per Januar-April 46,05. Rüböl ruhig, per November 51,25, per Dezember 51,25, per Januar-April 51,75, per Mai-August 52,50. Spiritus beh., per November 43,50, per Dezember 43,25, per Januar-April 43,50, per Mai-August 43,50. — Wetter: Regen.

Paris, 24. November. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 30,25 bis 31,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 31,62, per Dezember 31,87, per Januar-April 32,37, per März-Juni 32,87.

Havre, 24. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Dezember 37,25, per März 38,00, per Mai 38,50. Behauptet.

London, 24. November. Angeboten an der Küste 1 Weizenladung.

London, 24. November. 96% Javazucker loko 12,25 fest, Rüben-Rohzucker loko 10 Sh. 1¾ d. ruhig.

London, 24. November. Chili-Kupfer 56,25, per drei Monate 56,12.

London, 24. November. Spanisches Blei 13 Lstr. 8 Sh. 9 d. bis 13 Lstr. 10 Sh. — d.

Glasgow, 24. November. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 49 Sh. 1 d. Warrants Middlesborough III. 46 Sh. — d. Käufer, 50 Sh. Verkäufer.

Newyork, 24. November. Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 10 396 103 Doll. gegen 9 238 064 Doll. in der Vorwoche.

Woll-Berichte.

Bradford, 24. November. Wollmarkt. Merinowolle ruhig, aber wegen Knappheit wird auf feste Preise gehalten, Croßbreds wird zu niedrigsten Preisen auf Lieferung verkauft, englische Wolle schleppend, es fanden darin einige Zwangsverkäufe statt. Für Mohair-Wolle besserer Begehr, Garne ruhig, Stoffe unverändert.

Wasserstand.

* **Stettin,** 25. November. Im Revier 5,52 Meter = 17′ 7″.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 25. November. Präsident Faure wurde am Bahnhof von Leaz feierlich empfangen und hat in Begleitung des Präfekten und des Bürgermeisters die Schulen und Spitäler der Stadt besucht. Der Präsident ist in eine Kohlengrube hinabgestiegen, bei welcher Gelegenheit ihn die Grubenarbeiter mit Hochrufen empfingen.

Der frühere Ministerpräsident Bourgeois tritt heute eine längere Europa-Reise an. Sein erstes Ziel ist Wien und die Balkanstaaten; seine Reise ist nicht ohne politische Bedeutung.

Paris, 25. November. Der Untersuchungsrichter Bertulus beschäftigt sich augenblicklich mit der Auslieferung Esterhazys aus England. Diese Auslieferung scheint mit großen Schwierigkeiten verbunden zu sein, da Esterhazy sich nicht in London befindet, sondern in einer kleinen Ortschaft.

Rom, 25. November. Die Polizei hat umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen, um ein Anarchisten-Attentat gegen den Corsini-Palast zu verhindern. Zahlreiche Polizei- und Militärposten sind im Palast und in der nächsten Umgebung desselben aufgestellt und nur mit Karten versehene Personen werden hinein gelassen.

London, 25. November. „Daily graphic" kommentirt die augenblicklich in Rom tagende Anarchisten-Konferenz und sagt: Obgleich wir zu denjenigen zählen, welche gewisse Maßregeln gegen die Anarchisten befürworten, so können wir doch der jetzt tagenden Konferenz nicht das geringste Vertrauen schenken, denn England wird niemals die Maßregeln annehmen können, welche in Frankreich und anderen Ländern gegen die Anarchisten ergriffen sind.

Lord Rosebery hat gestern eine längere Rede gehalten, worin er besonders das Lob Gladstones zum Ausdruck gebracht hat.

Eine medizinische Wochenschrift schreibt über den Gesundheitszustand des Prinzen von Wales, daß derselbe sich bedeutend gebessert habe. Der Prinz könne jetzt mit Leichtigkeit Treppen auf- und absteigen.

Belgrad, 25. November. Der serbische Anarchist Georg Boskovits, welcher verdäch[illegible] auf den König von Rumänien ein Atten[illegible] plant zu haben, wurde von der ungarisch[illegible] hörde der hiesigen Polizei ausgeliefert un[illegible] unter strenge Polizeiaufsicht gestellt.